



16.03.2021

Transkript

„Systemwechsel oder nicht – die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU vor dem Abschluss. Gelingt der Weg in eine nachhaltige Landwirtschaft?“

Experten auf dem Podium

► **Prof. Dr. Sebastian Lakner**

Professor für Agrarökonomie, Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät, Universität Rostock

► **Prof. Dr. Uwe Latacz-Lohmann**

Leiter der Abteilung Landwirtschaftliche Betriebslehre und Produktionsökonomie, Institut für Agrarökonomie. Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät, Christina-Albrechts-Universität, Kiel und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

► **Dr. Guy Pe'er**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Ökosystemleistungen, Deutsches Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv), Leipzig und Department für Ökosystemleistungen, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Leipzig

► **Silvio Wenzel**

Redakteur für Klima und Umwelt, Science Media Center Germany, und Moderator dieser Veranstaltung

Audio-Mitschnitt

► Einen Videomitschnitt finden Sie [hier](#).

► Wenn Sie einen Audio-Mitschnitt benötigen, schreiben Sie gerne eine Mail an: redaktion@sciencemediacenter.de



press briefing

Transkript

Moderator

[00:00:00] Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, schön, dass Sie da sind. Schönen guten Tag an unsere Experten, die ich Ihnen gleich auch noch vorstellen werde. Wir haben Sie eingeladen zu einem Press Briefing heute, das wir überschrieben haben mit „Systemwechsel oder nicht? – Die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU vor dem Abschluss. Gelingt der Weg in eine nachhaltige Landwirtschaft?“ Der Aufhänger für dieses Press Briefing ist, dass es jetzt wirklich in die heiße Phase der Verhandlungen um die Gemeinsame Agrarpolitik GAP geht. Die nächsten Tage werden sehr entscheidend für die Frage sein, wie die europäische Landwirtschaft bis ins Jahr 2027 aussehen wird. Und auf politischer Ebene geht es jetzt Schlag auf Schlag. Morgen findet eine Sonderkonferenz der Landesagrarrministerinnen und Landesagrarrminister in Deutschland statt, die sogenannte Sonder-AMK. Nächste Woche, am Montag und am Dienstag tagt der EU-Agrarrat, auf den dann der Super-Trilog zwischen EU-Rat, Europa-Parlament und EU-Kommission folgen soll. Und nächste Woche Mittwoch dann ist der Gesetzentwurf zur nationalen Umsetzung der GAP Bestandteil der Kabinettsitzung der Bundesregierung, ohne dass bis dahin natürlich klar sein wird, wie genau die Vorgaben aus Brüssel aussehen werden. Aber in Deutschland ist man gezwungen, auf die Tube zu drücken, denn hier drängt die Zeit. Im Herbst haben wir die Bundestagswahl und der nationale GAP- Strategieplan muss noch in dieser Legislaturperiode durchgebracht werden. Sonst müsste es in der neuen Legislaturperiode neu angegangen werden, und dann könnte der Eingabetermin bei der EU mit dem 1. Januar nicht mehr gehalten werden. Es geht in der Summe um fast 60 Milliarden Euro Förderung europaweit pro Jahr bis ins Jahr 2027. Also jede Menge Geld, und inhaltlich sind noch einige dicke Bretter zu bohren. Dabei gibt es noch viele verschiedene Konfliktlinien: auf EU-Ebene zwischen Rat, Parlament und Kommission, in der deutschen Regierung auch zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium, oft eben auch als Streit zwischen Julia Klöckner und Frau Schulze abgebildet. Und auch innerhalb der Landesagrarrministerinnen und Landesagrarrminister gibt es Streit, und auch von den Agrarrminister:innen dort Richtung Bundesregierung. Bisher setzt die Gemeinsame Agrarpolitik in großem Umfang auf Direktzahlungen. Landwirtinnen und Landwirte bekommen Geld pro Fläche, die sie bewirtschaften, egal wie sie darauf wirtschaften. Neue Öko-Regelungen, die sogenannten Eco-Schemes, sollen das ändern. 20 oder 30 Prozent – darum wird noch gestritten genau – 20 oder 30 Prozent der Zahlungen aus der 1. Säule, aus der sogenannten 1. Säule, aus der bisher die Direktzahlungen kommen, sollen künftig an Umwelt- und Klima-schonende Maßnahmen gekoppelt werden. Wenn ich richtig informiert bin, sind das in Deutschland etwa 900 Millionen Euro pro Jahr, EU-weit 8 Milliarden. Als Julia Klöckner im vergangenen Herbst aus den Verhandlungen der EU-Mitgliedsstaaten kam, schien sie recht zufrieden. Zu Recht? Die Kritik ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Vielleicht zu Unrecht? Finden Landwirtinnen und Landwirte, Umwelt und Klimaschutz die Berücksichtigung, die sie idealerweise alle finden sollten? Ich möchte jetzt aber nicht noch länger mit Fragen ihre Zeit stehlen, die Sie alle aus der Einladung kennen, sondern möchte lieber loslegen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen da draußen, her mit Ihren Fragen. Nutzen Sie die Gelegenheit, um die drei Experten nach den Dingen zu fragen, die Sie gerne zur Gemeinsamen Agrarpolitik wissen wollen. Dieses Press Briefing folgt keinem vorher geschriebenen Drehbuch, sondern soll ausdrücklich Ihnen die Gelegenheit für Ihre Fragen geben. Wir werden es vermutlich nicht schaffen, alle Fragen zu berücksichtigen, aber wir geben uns Mühe, möglichst viele einzubringen. Sie können Ihre Fragen hier unten im Chat unter der Option – und bitte nutzen Sie diese – „An alle Diskussionsteilnehmer und Zuschauer“ eintragen, und wir werden uns dann um sie kümmern. Ich stelle Ihnen jetzt die drei Experten vor, stelle kurz eine Frage, und



danach öffnen wir dann schon für Ihre Fragen, um dort auch genügend Raum und Zeit anbieten zu können. Ich mache es wie immer alphabetisch und beginne deswegen bei mir oben rechts mit Professor Dr. Sebastian Lakner. Schön, dass Sie da sind, Herr Lakner. Herr Lakner ist Professor für Agrarökonomie an der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock. Einer seiner Forschungsschwerpunkte dreht sich genau um die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, und er untersucht dabei auch ökonomische und ökologische Auswirkungen eben dieser Agrarpolitik und betrachtet die Nachhaltigkeit von Landnutzungssystemen. Herr Lakner, ich hatte vor etwa anderthalb Jahren die Gelegenheit, einen aus meiner Perspektive relativ großen Bauernhof in Hessen zu besuchen. Es war ein konventioneller Landwirt, ein sehr patenter Typ, ganz offen, das Herz auf der Zunge. Und er hat bei einem Kaffee gesagt: Das Verhalten der Bauern kann man über die Zuflüsse von Geld eigentlich ziemlich gut steuern. Dann habe ich gedacht, dann könnte man die Landwirtschaft ja so gestalten, wie es irgendwie aus allen möglichen Perspektiven notwendig wäre. Ohne jetzt schon in alle Details der GAP- Gespräche einzusteigen, aber was wären denn ganz generell Anreize, die aus Ihrer Sicht bisher in die falsche Richtung führen?

Sebastian Lakner

[00:05:17] Ja, im Moment verwenden wir eigentlich den Hauptteil der GAP-Gelder für Direktzahlungen. Und diese Direktzahlungen sind ursprünglich mal als Schmiermittel für diverse Reformen genutzt worden, und da waren sie auch sinnvoll. Aber diese Reformen sind jetzt doch schon eine Weile her. Und im Moment ist das eigentlich eine sehr schwer begründbare Zahlung. Dann bleibt ansonsten nicht sehr viel an Möglichkeiten, finanziell fein zu steuern, wenn wir schon den größten Teil für Einkommensstützung [ausgeben]. Wir haben das mal ausgerechnet 2019, dass etwa 70 Prozent der GAP-Mittel entweder für Einkommensstützung oder für Wettbewerbsfähigkeit ausgegeben werden. Und das ist nicht so besonders zielführend. Und dann bleibt nicht mehr viel übrig, [um] im Bereich Umwelt zu steuern. Das heißt, viel der aktuellen Diskussion dreht sich einfach um die Frage: Wie viel wenden wir zukünftig für Umweltzahlungen auf?

Moderator

[00:06:25] Danke schön. Ich mach weiter in der Vorstellung und komme zu Professor Dr. Uwe Latacz- Lohmann. Schön, dass auch Sie da sind, Herr Latacz- Lohmann. Herr Latacz-Lohmann ist Agrarökonom und leitet die Abteilung Landwirtschaftliche Betriebslehre und Produktionsökonomie an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. WBAE ist die gängige oder nicht so eingängige, aber die übliche Abkürzung für diesen Wissenschaftlichen Beirat. Herr Latacz-Lohmann, Sie sitzen im WBAE. Das ist ja ein Gremium, das eigentlich gedacht ist, um mit wissenschaftlicher Expertise in die Politik hinein zu beraten. Beim Klimawandel hat man ja nicht immer zwingend das Gefühl, dass tatsächlich die Stimme der Wissenschaft dort so gehört wird. Inwiefern ist das denn bei der Landwirtschaftspolitik anders? Oder eben nicht. [00:07:23][58.2]

Uwe Latacz-Lohmann

[00:07:26] Ja, das ist immer ganz unterschiedlich. Also ich spreche immer von ... einige Kollegen sprechen vom 'Brennwert' unserer Gutachten. Was ja bedeuten würde, die werden überhaupt nicht gesehen. Das stimmt aber nicht. Sie werden sehr wohl gesehen, und sie haben eine gewisse Halbwertszeit, sagen wir mal, bis Erkenntnisse, wissenschaftliche Erkenntnisse, die dann in solchen Gutachten sich manifestieren, in der Praxis umgesetzt werden. Das dauert



immer seine Zeit. Wir sind vielleicht dem politischen Prozess immer ein bisschen voraus und vielleicht auch mal ein bisschen blauäugig zu meinen, ja, das müsste doch alles ganz schnell gehen. „Was die Wissenschaft vorschlägt, das ist ja alles vernünftig, wir wollen eine effiziente Politik haben. Warum machen die Politiker das denn dann nicht sofort?“ Und ich glaube, es ist blauäugig zu meinen, dass man ganz schnell politische Mehrheiten für das finden kann, was wir vorschlagen.

Moderator

[00:08:30] Auf Ihrer Website beschreiben Sie die Projekte, mit denen Sie sich beschäftigen. Eines ist dort beschrieben mit, ich zitiere jetzt, „Experimentell-ökonomische Untersuchungen zur Ausgestaltung von Agrarumweltverträgen“. Fand ich interessant: „Experimentell-ökonomische Untersuchungen“. Sie haben mir erklärt – und ich hoffe, ich gebe es richtig wieder – Sie fragen Landwirtinnen und Landwirte, welche Maßnahmen sich gut umsetzen lassen und wie attraktiv es für Landwirtinnen und Landwirte ist, diese auch tatsächlich dann anzuwenden. Was haben Sie denn dabei über die Haltungen der Landwirtinnen und Landwirte gelernt? Und inwiefern hat Sie etwas überrascht oder eben nicht?

Uwe Latacz-Lohmann

[00:09:06] Ja, Landwirte sind grundsätzlich bereit, Umweltdienstleistungen zur Verfügung zu stellen und Sie hatten es am Anfang schon angesprochen: Man kann das Verhalten von Landwirten steuern mit Geld, und so ist es auch. Und darauf basiert ja auch ein Großteil der Agrarumweltpolitik im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, nämlich dass finanzielle Anreize geboten werden für Landwirte, bestimmte Umweltleistungen zur Verfügung zu stellen. Ob das nun Biodiversität ist, ob das Klimaschutz ist, ob das auch Tierwohl ist. Es geht allgemein um Gemeinwohleleistungen. Und da haben wir festgestellt, dass Landwirte sehr wohl bereit sind, an solchen Programmen teilzunehmen. Sie müssen halt so ausgestaltet sein, dass sie sich in Betriebsabläufe einpassen lassen und dass damit auch ein bisschen Geld verdient werden kann. Ich spreche immer von 'Umweltproduktion' in Anführungsstrichen als Betriebszweig. Landwirte müssen die Möglichkeit haben, mit der Produktion von Umweltgütern auch ein bisschen Geld zu verdienen. Dann funktioniert das auch.

Moderator

[00:10:18] Vielen Dank. Dann schließe ich die Vorstellungsrunde ab mit Dr. Guy Pe'er. Er kommt ursprünglich aus Israel und er ist nicht Ökonom, sondern er ist Ökologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Ökosystemleistungen am Deutschen Zentrum für Integrative Biodiversitätsforschung iDiv in Leipzig und am Department für Ökosystemleistungen am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ auch in Leipzig. Herr Pe'er, schön, dass auch Sie da sind. Danke schön. Der Weg als Ökologe in dieses hochpolitische Thema ist ja irgendwie nicht ein ganz automatischer. Oder zumindest stelle ich es mir nicht so vor, dass das so ein ganz vorgezeichneter Weg ist. Nicht jeden Ökologen treibt es sicherlich dorthin, sich auch intensiv mit Agrarpolitik zu beschäftigen. Was genau hat Sie denn neugierig daran gemacht?

Guy Pe'er

[00:11:09] Es geht dabei noch unbedingt darum, neugierig zu sein. Wenn wir die Naturschutzprobleme lösen möchten, gehen wir nicht an die Schmetterlinge oder die Vögel, sondern an Menschen. Weil die Probleme sind beim Menschen. Und über 50 Prozent des Landes ist benutzt für die Agrar-Nutzung; Dazu Forst(wirtschaft) bringt uns zu fast 85 Prozent der Landnutzung. Wenn wir die Probleme von Landnutzung und Agrarlandwirtschaft lösen



möchten, müssen wir über Nachhaltigkeit sprechen. Wir können nicht die Schmetterlinge schützen, ohne die Landwirte zu schützen. Und daher sehe ich keinen Konflikt, sondern meine Frage war: Wie kann es sein, dass wir diese Ausgangsposition weiter gehen, wo wir die ganze Zeit Biodiversitätsverlust sehen? Wir sehen weniger Insekten. Insektensterben geht weiter. Bodenerosion geht weiter. Viel weniger Wasser. Nicht nur für die Natur, sondern auch gutes Wasser für uns. Klimawandel. Wir haben Monokulturen, wo einfach leere Felder in der Sonne stehen und trocknen sich in die Dürre. Und gleichzeitig sehen wir auch keine Menschen auf (dem) Land. Wir verlieren auch Jobs. Wir verlieren die Leute. Wir müssen diese Probleme lösen. Das hat mich dann [dazu] gebracht zu fragen, wie kann es sein, dass der GAP versagt – für die Natur und für die Landwirte. Und wie könnte das gelöst werden? Wir haben dann schon 2013 das Greening evaluiert. Wir haben schon gesagt, es wird nicht funktionieren, wenn fast alle Landwirte nichts machen müssen, um die Greening-Maßnahmen zu treffen. Und tatsächlich funktioniert das nicht. 2017 haben wir erklärt, warum, und wie könnte das verbessert (werden). Und 2019 haben wir auch den GAP-Vorschlag evaluiert. Wird das funktionieren für die Natur und für die Landwirte oder nicht? Und wir haben bisher gesagt, das ist Business as usual. Es gibt keinen Systemwechsel. Das ist die Ausgangsposition für unsere Situation gerade.

Moderator

[00:13:16] Lassen Sie mich da kurz nochmal nachhaken. Die Zahlen, die im Gespräch sind, also diese Höhe der Eco-Schemes – und wir werden ja da gleich nochmal genauer drauf eingehen, was sich genau dahinter verbirgt – es wird ja immer gesagt, die Diskussion ist: Machen wir 20 Prozent oder 30 Prozent aus dieser 1. Säule, die bisher Direktzahlungen waren, da rein? Ist die Frage 20 oder 30 Prozent auch die Frage zwischen gut oder nicht gut? Also sind 20 Prozent automatisch zu wenig und 30 Prozent ausreichend? Oder was wäre dann ein Anteil, wo man sagt, 'So top, damit kann man arbeiten'?

Guy Pe'er

[00:13:49] Also, wenn wir vom ökologischer Aspekt aus gucken, müssen wir zuerst fragen: Was muss unterstützt werden? Und zwar zuerst die Landschaftselemente, die nicht produktiv sind, weil das ist unsere Versicherung für zukünftige Produktion. Wir können nicht produzieren, ohne Bienen für Bestäubung, ohne den Boden zu schützen, wenn er runter erodiert wird. Wir können nicht weiter produzieren, wenn die Dürre kommt und es gibt es keine Gewässer. Deswegen sind die Landschaftselemente die Nummer 1 in dieser Liste. Das Zweite ist die Grünlandfläche. Und Deutschland steht gerade vor dem FFH-Richtlinien-Gericht der EU (FFH steht für Flora-Fauna-Habitat; Anm. d. Red.), weil sie es nicht schafft, diese Maßnahmen zu treffen. Und das Problem liegt nicht beim Umweltschutz, sondern wirklich bei der GAP. Wenn die Grünlandnutzung so intensiv ist, sodass es kein Grünland, sondern einfach Rasen ist, funktioniert es auch nicht. Und dann haben wir auch Probleme mit Wasserqualität und Bodenerosion und so weiter. Also wir müssen uns wirklich konzentrieren auf effektive Maßnahmen, für nicht-produktive Landschaften und für Grünland. Dazu können wir auch extra andere Sache machen. Was wir beim Greening schon gesehen haben, dass, wenn ... in dieser Liste stehen viele Möglichkeiten, die die Landwirte treffen können, ohne was zu tun. Wie zum Beispiel, Boden schützen mit Grünschutz im Winter. Das machen sie sowieso oder sollen das auch machen ohne extra Geld, einfach weil es wichtig für den Boden ist. Aber wenn das entlistet ist innerhalb der Eco-Schemes werden wir nichts erreichen. Deswegen ist der Content, der Inhalt, sehr, sehr wichtig. Und ich würde sagen, wenn es 20 Prozent sind, aber die effektiv, wird es schon besser als Greening gerade mit über 75 Prozent nicht-effektiven Maßnahmen. Das wird schon eine Verbesserung. Aber natürlich 30 Prozent effektive



Maßnahmen wären schon gut, gerade in der Liste, die wir schon evaluiert haben. Was als Eco-Schemes gelistet wird, damit sind wir nicht zufrieden Es gibt schon große Risiken da.

Moderator

[00:16:02] Jetzt zum Abschluss meiner Einführungsrunde eine Frage an Sie alle drei. Und bitte, ich freue mich, wenn Sie sich einbringen. Mein ganz persönlicher Eindruck ist, in der öffentlichen Diskussion wird oft so eine Polarisierung aufgebaut. Wir gegen die. Jede Maßnahme zum Umwelt- und Klimaschutz schadet scheinbar automatisch den Landwirtinnen und Landwirten. Jeder konventionell arbeitende Landwirt und jede konventionell arbeitende Landwirtin vergisst oder berücksichtigt nicht genügend den Klima- und Umweltschutz. Bezahlbare Nahrungsmittel in guter Qualität und das aus nachhaltiger Produktion wären doch eigentlich für niemanden ein Nachteil, oder? Ich finde, bei Corona sieht man gerade sehr gut das Dilemma. Schließungen bringen wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich, Öffnungen epidemiologische. Was ist denn hier bei dieser Agrarpolitik so der tatsächliche Spagat? Und wo verlaufen aus Ihrer Sicht die eigentlichen Konfliktlinien?

Sebastian Lakner

[00:17:02] Ich glaube, das sind ja alles Gerechtigkeitsprobleme. Also ich glaube erstens mal, in der Pandemie ist das Gerechtigkeitsdilemma viel größer, weil auch ein Lockdown sozusagen sozioökonomisch auf Minderheiten wirkt. Und das ist eigentlich auch die Schwierigkeit, mit der wir umgehen. Und ähnlich ist es eigentlich in der Landwirtschaft. Wir haben bei jeder Umgestaltung ein Stück weit, wenn wir Mittel verschieben, immer Gewinner und Verlierer. Wir haben aber auch, und das wird manchmal in der agrarpolitischen Debatte dann übersehen, wenn wir das System, so wie wir es jetzt haben, beibehalten, dann haben wir eine bestimmte Art der Verteilung von Geldern. Das ist aber auch eine Verteilung, die unter Umständen bestimmte Betriebe – ich denke da vor allem auch an Betriebe, die Naturschutz betreiben – vielleicht benachteiligen wir die auch. Vielleicht sind, wenn wir alles so gleich lassen wie bisher, haben wir vielleicht auch keine gerechte Verteilung der Gelder. Also erstens mal: das Problem ist, Gerechtigkeit zu definieren, ist wissenschaftlich extrem anspruchsvoll. Und zweitens: Das ist immer die große Schwierigkeit für Agrarpolitik. Wenn man jetzt hier Umgestaltungen vornimmt, dann nimmt man natürlich Leuten Gelder weg und schichtet sie um in andere Bereiche. Das kann volkswirtschaftlich hochgradig sinnvoll sein. Aus der Einzelperspektive ist es immer so, dass wir Gewinner und Verlierer haben. Und das kann auch eventuell der Grund sein, warum wir uns damit so schwertun.

Moderator

[00:18:43] Herr Latacz-Lohmann, ich wusste nicht, ob Sie auch was sagen wollten. Ich hatte den Eindruck.

Uwe Latacz-Lohmann

[00:18:45] Ja, ja. Also unter Gerechtigkeitsaspekten muss man sich natürlich auch die Frage stellen, in welchem Ausmaß sind Landwirte verpflichtet, Umweltregelungen einzuhalten und einen Umweltqualitätsstandard zu erreichen, auf eigene Kosten? Und ab welchem Umweltniveau stellt eine Verbesserung der Umweltqualität eine Gemeinwohlleistung dar, für die Landwirte eigentlich von der Gesellschaft honoriert werden sollten? Und das ist die Frage, bis zu welchem Punkt versuchen wir, Umweltqualität über das Ordnungsrecht darzustellen? Und ab welchem Punkt müssen wir für Umweltqualitätsdienstleistungen die Landwirte bezahlen aus den Mitteln der gemeinsamen Agrarpolitik? Und wir hatten in den letzten Jahren ja insbesondere die Diskussion um die Düngeverordnung – also wir sprechen jetzt übers



Ordnungsrecht – die sehr stark verschärft worden ist. Was aus Sicht der Landwirte bedeutet, letztlich eine kostenwirksame Verpflichtung. Ja, das mindert das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe, und es ist klar, dass Landwirte davon nicht begeistert sind. Aber das ist dann immer ein Austarieren, bis zu welchem Punkt müssen Landwirte das auf eigene Kosten tragen? Und ab welchem Punkt ist die Gesellschaft in der Pflicht, die Landwirte für die Erbringung von Umweltleistungen zu honorieren? Und das ist ein fließender Prozess. Das ist keine starre Grenze, sondern das wird im politischen Prozess immer wieder neu justiert.

Guy Pe'er

[00:20:38] Wenn ich darf, würde ich dann noch diese Frage beantworten. Erst als Wissenschaftler, zweitens als Ökologe und drittens als Citizen. Als Wissenschaftler haben wir schon 2017 einen Fitnesscheck für die gesamte GAP gemacht. Und wir kamen zu einem sehr klaren Ergebnis. Es gibt eigentlich einen Konsens. Es gibt keinen Grund für diese Polarisierung, die wir sehen. Es gibt keine Landwirte hier und die Natur da und die Umweltschützer da. Es gibt letztendlich ein gemeinsames Interesse, dass es funktioniert. Weil die Landwirte sind total abhängig von der Umwelt. Sie können nicht produzieren ohne Boden, ohne Wasser, ohne Bestäubung und so weiter. Das ist das gemeinsame Interesse. Und da ist genau die Rolle von der Gemeinsamen Agrarpolitik, dafür zu bezahlen. Wenn es einen Einkommensverlust gibt von 10 Prozent weniger Produktion, ist genau die Gemeinsame Agrarpolitik dafür da, um zu sagen: Okay, das bezahlen wir durch AUKM – durch Agrar-, Umwelt-, Klimamaßnahmen – oder Eco-Schemes, wenn jemand etwas extra macht. Genau dafür sind diese Zahlungen schon da oder werden da sein. Wenn etwas gemacht werden muss, gibt's auch die Konditionalitäts-Aspekte. Sie sind schon da. Es ist nichts Neues, das ist kein Systemwechsel, das zu erweitern. Aber diese Polarisierung, zu sagen, wir können nicht 10 Prozent weniger produzieren, weil sonst verlieren wir von unserem Einkommen, ist einfach falsch. Und die Frage ist, warum wird diese polarisierte Debatte geführt? Da sehe ich als Ökologe die Frage: Sollen wir auch mit Steuergeldern das bezahlen, wenn ein Landwirt entscheidet, sich zu schädigen. Also wenn ich eine Wohnung miete, muss ich für die Hausratsversicherung bezahlen. Von meiner Arbeit muss ich auch eine Versicherung für meine Gesundheit bezahlen. Teilweise von mir, teilweise von dem Arbeitgeber. Wenn jemand den Boden nutzt und das Land nutzt, muss diese Person auch die zukünftige Produktion weiter behalten und nicht schreien, wir haben ein Ernährungsrisiko. Ernährungsrisiken kommen vom Klimawandel, von anderen Umweltaspekten und nicht weil wir zu wenig produzieren. Wir produzieren eigentlich mehr als wir brauchen. Wir produzieren 30 Prozent Waste, das wird nicht gebraucht. Und wir produzieren eigentlich weniger Ernährungsmaterial, also Nahrung, als Ernährung für unsere Kühe und Autos. Wenn wir wirklich Ernährungssicherheitsprobleme haben, sollten wir auch etwas produzieren auf dem Land, das mit Ernährung zu tun hat. Und das machen wir nicht. Deswegen ist es gerade eine sehr komische Situation, weil wir hören gerade die ganze Zeit COVID-19, obwohl wir keine Probleme – ich habe nicht gehört, dass jemand verstorben ist wegen zu wenig Essen gerade durch COVID-19 oder Ernährungsmöglichkeiten aus anderen Aspekten oder weil wir das nicht leisten können. Wir sollten aus meiner Sicht und auch aus wissenschaftlicher Sicht, wir sollten das anders sehen und sagen: Okay, hier sind die Landwirte und wir sollen sie schützen. Und hier ist die GAP, und es funktioniert nicht, die Landwirte zu schützen, die das brauchen. Auch unter ökonomischen Aspekten, einfach weil so wenige Landwirte bekommen so viel von diesen Geldern. Es geht nicht da hin, wo es hingehen soll.

Moderator

[00:24:06] Danke für die Ausführungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da draußen: Danke für die Fragen, die Sie schon gestellt haben. Wir beginnen jetzt auch gleich, uns diesen zu widmen.



Nochmal: Wenn Sie Fragen haben, stellen Sie die unten in den Chat, in die Option an „Alle Diskussionsteilnehmer und Zuschauer“ und dann sehen wir die und können die beantworten. Zwei Fragen, die zumindest ich jetzt gesehen haben, fragen ganz explizit nochmal nach diesen Eco-Schemes – nach diesen Öko-Regelungen. Die eine Frage ist: Was konkret wäre im Stall oder auf dem Acker zum Beispiel nicht mehr erlaubt, wenn Zahlungen an Umweltziele gekoppelt werden. Und die zweite Frage – ich binde sie mal zusammen, wir können sie ja nochmal aufbohren: Was sind die fragwürdigsten Öko-Regelungen und wie müssten die möglicherweise verändert werden?

Uwe Latacz-Lohmann

[00:24:55] Ja, bei den Öko-Regelung oder Eco-Schemes auf Englisch geht es eigentlich nicht darum, Dinge zu verbieten, die in der Zukunft nicht mehr erlaubt sein sollen, sondern positive Dinge zu honorieren. Und zwar finanziert aus Mitteln, die im Moment mit der Gießkanne relativ konditionslos an Landwirte verteilt werden. Und dazu gehören zum Beispiel die Bereitstellung von sogenannten nicht-produktiven Flächen und Landschaftselementen. Ja, da wird gesagt, Landwirte haben die Möglichkeit, freiwillig Fläche aus der Produktion zu nehmen und sozusagen der Umwelt gegen Bezahlung zur Verfügung zu stellen. Ja, oder auch die Anlage von Blühstreifen, Blühinseln und Altgrasstreifen sozusagen als Rückzugsräume für bestimmte Arten. Dann eine weitere Eco-Scheme-Regelung soll die Extensivierung von Dauer-Grünland sein: Dass man auf Grünland-Flächen auf Mineraldünger verzichtet und bestimmte Viehbesatz-Obergrenzen einhält. Dann soll es eine Weide-Prämie für Schafen, Ziegen und Mutterkühe geben, um ökologisch wertvolle Flächen zu erhalten und das Tierwohl zu erhöhen. Weiterhin soll es die Möglichkeit geben, die Fruchtfolge zu diversifizieren, also mehr Früchte anzubauen auf dem Acker, einschließlich Leguminosen, die eine sowohl positive Umweltwirkung als auch eine positive Wirkung auf die Bodenfruchtbarkeit haben. Das sind alles positive Dinge oder Maßnahmen, die der Umwelt dienen und die gefördert werden sollen.

Moderator

[00:26:44] Sie haben alle drei genickt. Gibt es dann noch Dinge, bei denen sie sagen, da möchte ich gerne nochmal besonders darauf hinweisen?

Sebastian Lakner

[00:26:52] Es wurde ja gerade gefragt, was der große Unterschied zum Greening ist. Und wir hatten ja bisher 30 Prozent der Direktzahlungen als Greening für alle Betriebe verpflichtend. Und der Unterschied zu den Eco-Schemes ist: Wir nehmen jetzt nur noch 20 Prozent, aber sie sind freiwillig. Das heißt Landwirte entscheiden: Möchte ich jetzt eine Brachfläche, einen Blühstreifen oder eine extensive Weide sozusagen so bereitstellen und bekomme dafür eine Prämie von x Euro pro Hektar oder lasse ich es bleiben? Das heißt also, die Teilnahme ist freiwillig und das ist so ein bisschen die Veränderung, die hier vorgenommen wird. Die ist aber auch nicht ganz ohne, weil man natürlich für diese 20 Prozent, die man dann im Haushalt an die EU meldet, die muss man vollständig abrufen, sonst geht das Geld – zumindest Stand jetzt – zurück nach Brüssel – vielleicht verändert sich das auch nochmal –, aber letztendlich muss man eine hohe Teilnahme generieren bei den Landwirten. Und da steckt schon wieder so ein bisschen das Problem drin, dass man eventuell für eine Brachfläche dann ganz hohe Prämien anbietet, einfach um sicher zu sein, dass ich x Landwirte habe, die daran teilnehmen. Und dann zahlt man da aber auch relativ viel. Das kann man alles machen oder bleiben lassen. Das eigentliche Problem, was ich hier sehe – und das macht diese aktuelle Reform erstens mal so schwierig in der Bewertung, aber macht sie vor allem für die Ministerien, die Landesministerien und das Bundeslandwirtschaftsministerium so schwierig – ist, wir haben ja



neben den Eco-Schemes als freiwillige Agrarumweltmaßnahme noch die klassischen Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen der sogenannten 2.Säule. Ich rede jetzt schon wieder so ein bisschen in Fachtermini, versuche das kurz zu halten. Aber wir haben im Grunde genommen zwei Instrumente, die auf ähnliche Weise wirken, die sich aber andererseits unterscheiden müssen. Sprich: Die Landesministerien und das BMEL müssen jetzt nachdenken: Wie nutzen wir diese beiden Instrumente parallel und nutzen sie so, dass es zu einer signifikanten Verbesserung kommt? Und da bin ich doch relativ skeptisch. Für mich ist im Moment nicht zu erkennen, ob es da wirklich einen großen Schritt nach vorne gibt. Man macht das irgendwie im Moment. Man schlägt Listen von Maßnahmen vor, die sind auch alle nicht irgendwie schlecht oder so. Aber das Anspruchsvolle besteht darin, beide Instrumente parallel so zu nutzen, dass ein Landwirt als Praktiker auch sagt: „Oh ja, das ist einfach. Das ist verständlich für mich. Ich hab auch keine Kontrollrisiken und es ist von der Prämie attraktiv und zwar sowohl bei den Eco-Schemes als auch bei den klassischen Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen.“ Und Sie sehen schon allein an dem Text, den ich jetzt hier gerade vom Stapel lasse, das ist anspruchsvoll. Alle Optionen sind im Moment aus meiner Sicht offen, wirklich einen großen Schritt nach vorne zu machen. Ich fürchte nur im Moment, wir verschlafen diese Möglichkeit. Und die nächste Chance gibt es 2027. Und das ist so ein bisschen der Punkt, glaube ich, an dem im Moment einige doch inzwischen nervös die Szenerie beobachten.

Guy Pe'er

[00:30:07] Ich wollte doch noch antworten. Zuerst: Was sind die Risiken bei Eco-Schemes und was sollte nicht gelistet werden, das schon vorgeschlagen ist? Das größte Risiko für Eco-Schemes ist, die gleichen Fehler, sogenannte Fehler zu wiederholen, die schon dagewesen sind oder da sind bei Eco-Schemes und zwar für nicht effektive Maßnahmen, die sehr leicht zu nehmen sind. Und dann haben wir das weiter beigetragen. Und bei der Liste, die die EU jetzt veröffentlicht hat, sind manche gute Beispiele, die Professor Latacz-Lohman schon aufgelistet hat. Es gibt aber zusätzlich mindestens zwei Sachen, die problematisch sind. Zuerst die Tierwohl-Maßnahmen sind nicht verknüpft mit Biodiversität. Wir können vielleicht denken, dass die Tierwohl-Maßnahmen einhergehen mit den Weideregulungen und weniger Kühen, die auf der Weide laufen. Aber auch die Erweiterung von einem Stall ist möglich. Und eigentlich gibt es Möglichkeiten einfach für Tierwohl-Aspekte, die nichts mit Biodiversität zu tun haben, nicht mit anderen Aspekten. Das wäre ein großer Verlust. Zweitens gibt es die Möglichkeit für die Unterstützung von Precision Farming. Und ich frage mich, wofür eigentlich? Es gibt manche Möglichkeiten für Precision Farming, die Biodiversität-Ziele erreichen. Sie sind dabei nicht gelistet. Stattdessen gibt's auch andere Instrumenten in der GAP, wie zum Beispiel Investitionen und dafür kann ein Landwirt auch schon jetzt beantragen und dann weitergehen. Dafür braucht man keine Eco-Schemes. Das sind zwei Beispiele für nicht effektive Maßnahmen, die einfach die Gelder sozusagen wegnehmen von anderen viel effektiveren Möglichkeiten. Auf der andere Seite gibt's keine einzige Maßnahme für eine wirkliche Biodiversität-Förderung, zum Beispiel ergebnisorientierte Möglichkeiten existiert gerade überhaupt nicht und das muss noch weiterentwickelt werden, denn sonst haben wir wieder dieses Risiko, dass es nicht effektiv wird.

Moderator

[00:32:10] Herr Latacz-Lohmann, lassen Sie mich kurz, bevor Sie kurz anheben, noch kurz eine Nachfrage in Ihre Richtung oder Ihre Antwort erweitern durch eine Frage vielleicht. Nämlich: Warum kommen die Bauern nicht selbst darauf, das, was jetzt mit Eco-Schemes angeregt werden soll, umzusetzen, sondern warum muss das mit Steuergeld belohnt werden?



Uwe Latacz-Lohmann

[00:32:32] Ja, das ist ein ganz einfacher Grund. Stellen Sie sich vor, ein Landwirt möchte nicht-produktive Fläche zur Verfügung stellen. Das bedeutet ja, er muss Fläche aus der Produktion nehmen. Das heißt, er verliert das Einkommen, was er auf dieser Fläche generieren könnte. Und der Nutzen dieser Maßnahme kommt ja nicht dem Landwirt oder der Landwirtin zugute, sondern der Allgemeinheit. Und da muss man sich natürlich die Frage stellen Warum soll man auf private Rechnung der Allgemeinheit ein Gut zur Verfügung stellen? Wenn das so ist, wenn das wirklich so genannte öffentliche Güter sind, was es ja sind, dann soll doch auch die Gemeinschaft dafür zahlen, in Form der Steuerzahler. Aber was ich noch ergänzen wollte: Herr Pe'er, es geht ja nicht nur um Biodiversität. Wir haben ja viel mehr große Baustellen im Agrarsektor. Wir haben neben Biodiversitätsverlust das Thema Gewässerschutz auf der Agenda. Das Thema Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Das Thema Tierwohl, was Sie angesprochen haben. Das Thema Ammoniak-Emissionen, also Luftverschmutzung durch Stickstoff-haltige Emissionen und so weiter. Es also eine große Liste an Maßnahmen und mit den Mitteln, die jetzt für die Eco-Schemes zur Verfügung stehen – wenn es tatsächlich 20 Prozent der Mittel der 1.Säule sind, dann sind das ungefähr 900 Millionen pro Jahr, also knapp eine Milliarde Euro in Deutschland, das reicht bei Weitem nicht aus, um all diese Baustellen wirklich adäquat zu adressieren. Es gibt ja Abschätzungen, dass zum Beispiel drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr kosten würde, um die deutsche Nutztierhaltung irgendwie zukunftsfähig zu gestalten. Und das ist schon letztlich die Hälfte des gesamten Agrar-Budgets für Deutschland. Das liegt ungefähr bei sechs Milliarden Euro.

Moderator

[00:34:46] Herr Lakner, Sie hatten sie auch noch gemeldet. Können Sie Ihre Antwort kurz abbinden, weil wir wirklich eine ganze Menge Fragen haben, ich sehr, sehr spannend finde und ich auch gern noch aufgreifen möchte.

Sebastian Lakner

[00:34:53] Machen Sie weiter mit den Fragen. Das passt schon.

Moderator

[00:34:55] In Ordnung, gut, vielen Dank. Ich weiß, dass ich zumindest mit einem von Ihnen darüber auch gesprochen habe im Vorgespräch und die Frage kommt jetzt: wenn die GAP bisher so sehr auf Direktzahlungen, also auf Zahlungen pro Fläche setzt, warum lassen wir das nicht einfach, wenn wir merken, da kommen die falschen Anreize.

Uwe Latacz-Lohmann

[00:35:16] Komplette lassen?

Moderator

[00:35:18] Ja, wir sagen, wir machen alles in Eco-Schemes und nicht mehr große Fläche, viel Geld.

Uwe Latacz-Lohmann

[00:35:24] Das wäre aus ökologischer Sicht natürlich eine tolle Sache und der Wissenschaftliche Beirat für Agrar- und Ernährungspolitik hat auch einen Pfad in diese Richtung aufgezeigt. Nämlich wie man ihn in einem Zeitraum von zehn Jahren es schaffen



kann, die jetzigen Direktzahlungen komplett umzuwandeln in Zahlungen, die wirklich die Landwirte für die Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen bezahlen, honorieren. Das wäre ideal. Man kann das aber nicht von einem Tag auf dem anderen machen, aus verschiedenen Gründen. Einmal: Aus Sicht der landwirtschaftlichen Betriebe ist das natürlich ein großer Einschnitt. Wenn man jetzt auf einmal sagt, wir nehmen die Direktzahlungen komplett weg und zahlen nur noch für Gemeinwohlleistungen, dann fehlt ein großer Teil im Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe. Das Argument ist aber weniger gewichtig als das politische Argument. Wir haben in Europa sehr heterogene Interessen. Da gibt es Mitgliedsstaaten, die sagen genau das, was empfohlen wurde: Am besten die Direktzahlungen sofort einstampfen und das Geld für sinnvolle Aufgaben benutzen. Aber da gibt es andere Mitgliedsstaaten, vor allen Dingen in Osteuropa, die sagen: Ja, wir brauchen das Geld aber unbedingt zur Stützung der Einkommen der Landwirte. Und da ist es jetzt wirklich schwierig zu sagen, auch politisch das durchzusetzen, dass man von einem Tag auf den anderen 100 Prozent der Direktzahlungen sofort in Gemeinwohl-Zahlungen umwandelt.

Moderator

[00:37:07] Herr Pe'er, ich habe nicht verstanden, was sie gesagt hat, aber ich habe ihre Kopfbewegung als Widerspruch gedeutet.

Guy Pe'er

[00:37:11] Also, wir sollen als Wissenschaftler Szenarien entwickeln. Wir haben auch zusammen mit Sebastian Lakner im August 2020 drei Szenarien entwickelt für die GAP. Das erste ist: Ambitionierte GAP. Das sehe ich nicht mehr als relevante Möglichkeit, aber wir können noch zwei Wochen warten. Von der Umsetzung der GAP in Deutschland sehen wir keine [Schritte in diese Richtung]. Also, das ist Business as usual, ambitioniert ist das nicht. Zweites Szenario ist, dass die Farm-to-Fork-Strategie der EU zu einer Policy gemacht wird. Das bedeutet einfach, dass wir ab jetzt die Wahrheit betrachten und gucken nicht nur auf die Produktion, sondern auch auf den Konsumenten als Food Policy. Das brauchen wir, weil die Probleme sind immer auf beiden Seiten. Wenn wir sagen: Fleisch ist zu billig. Das ist richtig und die erste Lösung ist, die Direktzahlungen abzuschaffen. Aber auf der anderen Seite brauchen wir auch andere Lösungen. Und dafür können wir zuerst die Gelder in die 2.Säule bringen, wo eigentlich die ruralen Probleme gelöst werden können. Und das wird viel besser, auch unter sozialen und ökonomischen Aspekten. Die dritte Variante ist wirklich, dass wir ab 2027 das Ende der GAP sehen, weil letztendlich haben wir haben als Gesellschaft auch andere Prioritäten. Und wenn die GAP weiter versackt ist, dann ist das vielleicht nicht mehr nötig oder einfach ineffektiv. Wir hören die ganze Zeit von Einkommensproblemen, aber die Gelder gehen nicht an die Landwirte, die diese Einkommensunterstützung brauchen. 1,8 Prozent bekommen 32 Prozent die Gelder beziehungsweise 20 Prozent bekommen 80 Prozent dieser Gelder, dann wird sogar das Einkommensziel nicht erreicht wird. Dann gibt's vielleicht andere Lösungen wie Marktlösungen und so weiter. Aber, dann sind wir wirklich abhängig von den Ambitionen von den verschiedenen Mitgliedsstaaten. Da sehe ich eigentlich ein großes Risiko. Deswegen würde ich persönlich denken, die Abschaffung oder die Transformation von Direktzahlungen zu einem echten 'Öffentliche Gelder für öffentliche Güter' wäre die richtige Richtung. Und zwar jetzt 30 Prozent, demnächst vielleicht 80 Prozent. Dass einfach alles mit Umweltaspekten verknüpft wird, denn sonst gibt es auch keine Zukunft für den Landwirtschaft selbst.

Sebastian Lakner

[00:40:06] Ich will noch gerne zwei kleine Aspekte ergänzen. Einen Punkt, den man hier an der



Stelle auch nochmal erwähnen sollte: Es gibt hervorragende Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates, die diesen Transformationspfad bereits seit längerem skizzieren. Es gibt auch noch ein Gutachten von 2010, was bereits in diese Richtung argumentiert, wo ich bei der 2013er Reform kaum feststellen konnte, dass das in irgendeiner Form Berücksichtigung gefunden hat. Es gibt zahllose europäische Gutachten, die genauso argumentieren. Das heißt, das ist jetzt auch nicht eine Spezialmeinung der deutschen Agrarwissenschaft, sondern das wird sehr, sehr viel so argumentiert. Ob man sie nun beendet oder reduziert, ist dann die Frage. Die andere Frage ist, über welchen Zeitraum lässt man es auslaufen. Wir müssten dann natürlich schon daran denken, dass Landwirte auch erwarten, dass diese Zahlungen kommen. Aber das Signal müsste eigentlich sein: Mittelfristig spielt das nicht mehr diese dominante Rolle in der Agrarpolitik. Und das ist etwas, wo ich feststelle, auf europäischer Ebene sind die Interessenslagen, wie Herr Latacz-Lohmann gerade sagte, sehr heterogen. Das kann man auch im Rat beobachten. Julia Klöckner ist aus dieser Ratssitzung rausgekommen. Man hatte das Gefühl, sie hat unheimlich viel erreicht. Aber wenn man sich die Details anguckt, inhaltlich war das gar nicht so viel. Aber sie hat offensichtlich extrem heterogene Standpunkte zusammengeführt und das ist, glaube ich, die Schwierigkeit bei der Gestaltung der zukünftigen GAP, dass wir wahnsinnig heterogene Interessenslagen haben. Und das bringt mich zu einem zweiten Punkt: Einkommen in Osteuropa. Natürlich ist die soziale Lage oder auch die Einkommenslage osteuropäischer Betriebe anders. Man muss sich auch mal vor Augen führen, in der New York Times November 2019 gab es einen längeren Artikel, inwieweit die Direktzahlungen – wir haben Interviews in Bulgarien geführt – und auch die gekoppelten Zahlungen auf eine Art und Weise ein Verhalten anregen, was sich an der Grenze des Gesetzlich erlaubten sich aufhält. Was im Grunde genommen auch, ich sage mal, Netzwerke der Bereicherung fördert, die wir eigentlich als gute Europäer nicht wollen. Das heißt also, die Frage ist, wenn wirklich Einkommen das Ziel ist, dann muss ich definieren, was sind die Betriebe, die Einkommensunterstützung brauchen. Aber eine solche Definition fehlt. Eigentlich müssten wir diese Definition auch auf Haushaltsebene führen, nicht auf Betriebsebene. Und das kann ich gestalten. Ich kann definieren und sagen, Betriebe unter zehn Hektar bekommen eine Einkommensunterstützung. Aber da rede ich dann wirklich über eine gezielte Vorgehensweise und nicht x Euro pro Hektar. x Euro pro Hektar wird nicht die erwünschten Einkommensverteilungen bringen, weil die Großen dann sozusagen auch sehr viele Zahlungen bekommen. Es ist doch zu bezweifeln, ob das wirklich die Betriebe sind, die das am meisten brauchen. Das ist eben der Punkt. In Osteuropa haben wir eine ganz, ganz schwierige Diskussionslage diesbezüglich.

Moderator

[00:43:20] Aber da kommt bei mir immer die Frage, dass 80 Prozent der Direktzahlungen an 20 Prozent der Landwirtinnen und Landwirte gehen. Dann würde man doch sagen, die Änderungen würden ja diese am wenigsten betreffen tatsächlich. Also würden zum Vorteil vieler sein und zum Nachteil eher weniger. Denke ich da zu kurz? Also müsste doch dann leichter sein, da rein zu greifen, wenn weniger Menschen davon betroffen sind.

Uwe Latacz-Lohmann

[00:43:50] Also es sind natürlich alle Betriebe davon betroffen, die Direktzahlungen erhalten und das sind auch die kleineren Betriebe, die über eine sogenannte Umverteilungsprämie für die ersten 46 Hektare ihrer Fläche auch noch eine Zusatzprämie bekommen. Also die kleineren Betriebe wären vom Ausmaß der Kürzung pro Hektar stärker betroffen als große Betriebe. Große Betriebe würden insgesamt mehr verlieren. Aber eine generelle Anmerkung ist: Diese Zahlungen sind eigentlich nach den Gründungsvätern der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht



dazu gedacht, um jetzt irgendwelche bedürftigen Landwirte zu unterstützen. Also es wird nicht nach Bedürftigkeit gegangen. Das geht ja zurück auf das Jahr 1957, die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Direktzahlungen dienen dazu, die Funktionsfähigkeit der Landwirtschaft als Ganzes zu erhalten. Das war sozusagen das ursprüngliche Ziel nach dem Zweiten Weltkrieg. Und so werden diese Zahlungen heute auch immer noch begründet. Diese Direktzahlungen sind zustande gekommen 1992, als die Gemeinsame Agrarpolitik reformiert wurde in der Weise, dass man nämlich die Marktstützung zurückgefahren hat, also künstlich hochgehaltene Agrarpreise zurückgefahren hat, und den Landwirten eine Kompensation anbieten wollte und musste, aus Gründen des Vertrauensschutzes. Und da hat man sich ursprünglich vorgenommen Ja, das machen wir ein paar Jahre, bis die Landwirte den Übergang in die freie Marktwirtschaft geschafft haben. Aber dann haben sich diese Direktzahlungen politisch so verfestigt, dass sie nach fast 30 Jahren immer noch existieren heute. Und heute geht es letztlich um die Frage: Wie können wir jetzt diese Zahlungen sinnvoll verwenden, um die Probleme des Agrarsektors, die wir heute haben, die ich vorhin aufgelistet habe, adäquat zu adressieren.

Moderator

[00:46:02] Herr Pe'er, lassen Sie mich Ihre Frage auch nochmal kurz anschieben, nämlich mit der Frage, die aus dem Chat kommt: Es gibt ja immer diese Behauptung, dass die Agrarlobby so erfolgreich sei, dass quasi eine echte Agrarwende überhaupt nicht möglich ist. Sie nicken?

Guy Pe'er

[00:46:17] Auf jeden Fall. Wir haben das als wissenschaftlichen Aspekt schon evaluiert bei unserem 'Fitness Check 2017' und in unserem Science Paper 2019 konnten wir wirklich zeigen, dass es ein relativ bekanntes Problem ist: Wenn eine kleine Gruppe, aber sehr gezielte Gruppe effektiv ist, dann kann einfach eine sehr homogene Gruppe effektiver sein beim politischen Prozess als eine breit, aber heterogene Gruppe von Akteuren, die verschiedene Interessen hatte. Und dann passiert jetzt immer wieder, dass es eine sehr gezielte Gruppe, in diesem Fall spricht sie zwar im Namen der Mehrheit, aber wenn wir schauen, was die Landwirte sagen in Umfragen und Befragungen, dann sehen wir immer wieder, dass sich ein ganz anderes Bild zeigt als das in den Medien: Die Mehrheit der Landwirte sind absolut bereit, sich in umweltfreundlicher Landwirtschaft zu engagieren, wenn sie auch dafür bezahlt werden. Weil sie wissen, dass sie das brauchen. Und dann spricht die Minderheit im Namen der Mehrheit und sagen: „Nein, wir können das nicht leisten. Die GAP kann man nicht ändern, weil wir brauchen diese Direktzahlungen für Einkommensunterstützung“. Aber diese kommen letztendlich nicht als Einkommensunterstützung an die richtigen Leute, die das brauchen. Wenn wir die ganze Zeit hören, dass die ruralen Gebiete Geld benötigen, warum werden dann nicht weitere Gelder in eine 2.Säule gegeben, die für rurale Gebiete geeignet ist. Also auf jeden Fall haben wir da ein großes Problem. Dazu kommen Interessenkonflikte, die legal sind, auch bei dem EU-Parlament. 30 Prozent [der Mitglieder] des Agrar-Komitees im Parlament bekommen entweder Direktzahlungen selber oder sie repräsentieren diese Organisationen. Wir haben schon erlebt, dass die Macht von 4.000 Traktoren und ein paar Akteuren in diesen Gremien effektiver ist als die Macht 20.000 bis 30.000 Leute, die auf die Straßen gehen. Und auch innerhalb dieser Gruppe waren viele Landwirte, die betroffen sind. Auf jeden Fall ist das Problem bei GAP und den Entscheidungsprozessen, dass es entweder keinen Mut gibt oder keinen Willen, um etwas zu ändern.

Moderator

[00:48:39] Wir haben jetzt einen weiteren Themenblock, den wir bisher noch nicht besprochen



haben. Bis 2027 soll diese neue GAP die europäische Landwirtschaft regeln. Der Green Deal der EU-Kommission sagt, bis ins Jahr 2030 müssen wir die Treibhausgas-Emissionen um 53 bis EU-Parlaments sagt 60 Prozent, reduziert haben, wenn wir das 2050 Treibhausgas-Netto-Null-Emissionsziel erreicht haben wollen, um die Pariser Klimaziele in Reichweite zu halten. Passt das irgendwie zusammen? Jetzt einen Plan bis 2027 und trotzdem den Green Deal mit Emissionshalbierung drei Jahre später?

Sebastian Lakner

[00:49:21] Nein, da würde ich gerne drauf antworten, das passt natürlich nicht. Und das ist so ein bisschen die Tragik im Moment, dass die EU-Kommission doch einige interessante Strategien verfolgt, also den Green Deal, aber auch die Biodiversität-Strategie. Eigentlich müsste es das Ziel sein, die aktuelle GAP so zu gestalten, dass diese europäischen angelegten Strategien umgesetzt werden. Gerade im Bereich Klimaschutz gäbe es ein sehr einfaches Mittel, nämlich in Deutschland zum Beispiel konsequent Moorschutz zu betreiben. Das betrifft 4 bis 5 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland, macht aber 30 bis 35 Prozent der landwirtschaftlichen Emissionen aus, also des Beitrags der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen aus. Das heißt also, hier hätten wir eigentlich eine ziemlich große Hebelwirkung, wenn wir Vermeidung von Klimagasen machen wollten. Und wenn man sich anguckt, wieviel im Moment in der GAP für diese Klimamaßnahmen ausgegeben werden, also Moor-Schutz, Umwandlungen von Acker in Grünland auf den richtigen Standorten, dann sind das ein paar hundert Millionen Euro. Das ist weniger als ein Prozent der 2.Säule, das ist verschwindend. Und das sind eigentlich die großen Dinge. Vermutlich wird das in der GAP, so wie der Prozess läuft, sehr schwierig. Aber die Konsequenz daraus ist dann eigentlich – auch dazu gibt es ein tolles Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats von 2016 – also auch dort gibt es Blaupausen. Es gibt Ideen, es gibt Vorschläge. Aber die Konsequenz: Wenn wir die GAP nicht auf Moorschutz oder auf Klimastrategien ausrichten, ist die, dass wir es aus Bundesmitteln zahlen müssen. Das heißt also, meine Vermutung ist, dass dann die nächste gewählte Bundesregierung einen Klimafonds für die Landwirtschaft auflegt. Und an sich ist das so ein bisschen... naja. Ich wäre an sich dafür, die GAP wirklich auf die Herausforderungen auszurichten, Herr Latacz-Lohmann hat es gut umrissen: Biodiversität, Klima, Nährstoffüberflüsse, Erosion. Und eigentlich sind das die drängenden Aufgaben. Und das sind auch nicht Aufgaben, die uns in den vergangenen zwei Jahren mitgeteilt wurden. Es gibt Mitte der 1980er Jahre ein Gutachten des Sachverständigen Beirats, der diese ganzen Probleme bereits benannt hat. Das heißt also, das kommt nicht zufällig über uns, sondern das sind eigentlich Dinge, die schon sehr lange geregelt werden müssen.

Moderator

[00:52:02] Ja, Herr Latacz-Lohmann?

Uwe Latacz-Lohmann

[00:52:02] Die EU-Kommission muss die nationalen Strategiepläne zur Umsetzung der GAP genehmigen. Und ich könnte mir gut vorstellen... Und sie hat explizit auch gesagt: Ja, da müssen auch die Ziele des Green Deals angemessen reflektiert sein in der Umsetzung der GAP. Und da stehen zum Beispiel drin: Ziele des Green Deals Pflanzenschutz-Einsatz um 50 Prozent reduzieren, Mineraldünger-Einsatz um 50 Prozent reduzieren und so weiter. Diese Ziele werden mit der jetzigen, jetzt ins Auge genommenen GAP überhaupt nicht adressiert. Und ich könnte mir gut vorstellen, dass die EU-Kommission dann Nachbesserungen an den nationalen Strategieplänen einfordern wird.



Guy Pe'er

[00:52:52] Ich würde auch noch etwas dazu sagen. Zuerst: Es ist sehr klar, woher kommen die Treibhausgasemissionen von Agrarnutzung. Und zwar: Zwei Drittel davon kommen von dem Stickstoff-Dünger und von Tierproduktion – und wie auch Herr Lakner schon gesagt hat – 25 Prozent gehört zu dem Missmanagement von Moorländern, sozusagen, Peatlands und Gewässern. Also das ist sehr klar. Dafür brauchen wir einfach die Instrumente von Extensivierung: weniger Dünger-Nutzung und weniger Tiere pro Hektar. Aber es gibt keine Instrumente dafür gerade. Also Ecos-Schemes könnten da Vorzüge bringen, aber es ist nicht so geplant. Wie es geplant wird, müssen wir sozusagen abwarten, aber der Plan von Treibhausgasemissions-Reduktion ist noch nicht da. Das ist der erste Aspekt. Zweitens ist: Es wird schlechter, wenn wir auch jetzt gucken an die Renewables Energies und Biofuels, wo wir auch jetzt weniger Essen produzieren und mehr Renewables Energies. Und dann fördern wir auch Landnutzungsänderungen außerhalb der EU, wo wir jetzt sogar mehr [Produkte] von außen einführen. Also wir sollten auch nicht vergessen, dass die Abholzung von dem Amazonas direkt zu unserer Nutzung hier gehört. Und wir können nicht sagen: Okay, das ist ein anderer Aspekt. Nein, wir fördern geradezu diese Abholzung und das hat auch mit dem GAP zu tun, weil viel davon ist für Futter und Soja, das zum Beispiel von Brasilien kommt, um die Tiere hier zu füttern. Also das hat auch viel mit der [...] -Subvention zu tun und mit der GAP selber. Natürlich hat es auch mit Trading Agreements zu tun und nicht nur mit der GAP. Es gibt auch andere Instrumente, die relevant sind, aber gerade sind wir einfach noch nicht auf der richtigen Linie, den richtigen Pfad des EU Green Deal zu treffen.

Moderator

[00:54:49] Ich könnte noch immer weiter fragen; es sind noch ganz viele Fragen da. Vielleicht haben Sie die ja auch gesehen, aber wir müssen leider zum Ende kommen und ich möchte jetzt gerne noch einmal die Runde rückwärts machen, sozusagen und Sie alle drei die gleiche Frage fragen, mit einer kurzen Einschätzung. Irgendwann wird die GAP in eine neue Form gegossen sein. Was darf denn in der neuen GAP aus Ihrer Sicht nicht fehlen? Und wann wäre es aus Ihrer Sicht ein schlechter und wann ein guter Beschluss? Und eine Frage, die mich ja so umgetrieben hat, ist: Gibt es überhaupt eine Lösung, bei der am Ende alle sagen: So ist gut? Herr Pe'er, wenn Sie anfangen würden.

Guy Pe'er

[00:55:31] In unserem Paper 2019, auch zusammen mit Herrn Lakner und vielen anderen Wissenschaftlern, haben wir schon vorgeschlagen: Eine GAP für Nachhaltigkeit ist der richtige Weg. Die neuen Ziele von GAP, die gerade geplant sind, eigentlich sind sie nicht schlecht, aber sie werden nicht getroffen, wenn es ist immer so, dass die Gelder gehen in eine Richtung und nicht effektiv für alle Ziele zusammen. Also, wir wissen das, es gibt auch Trade Offs zwischen verschiedenen Zielen und dafür gibt's auch die Instrumente. Also: Die Agrar-Umwelt-Maßnahmen sind extrem wichtig, die Einkommensaspekte sind wichtig, aber nicht in dieser Form von Direktzahlungen. Deswegen würde ich sagen, die 2. Säule aber in eine Nachhaltigkeits-Richtung ist die richtige Richtung vor der GAP in Zukunft. Und wir haben schon zusammen mit 3.600 Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen vorgeschlagen, wie das erreicht werden kann, ohne extreme Änderungen der GAP oder einen Herzinfarkt bei den Landwirten auszulösen. Das ist ein gradueller, allmählicher Prozess, aber es könnte auch innerhalb von ein paar Jahre getroffen werden, wenn der Wille da ist. Also GAP für Nachhaltigkeit ist die Antwort.



Moderator

[00:56:46] Herr Latacz-Lohmann.

Uwe Latacz-Lohmann

[00:56:48] Also, für mich ist es leichter zu sagen, wie eine gute GAP aussehen sollte, als zu sagen, welche Elemente da nicht drin sein sollten. Aber um mit dem Letzten anzufangen: Konditionslos gezahlte Direktzahlungen sollten in einer zukünftigen GAP perspektivisch in zehn Jahren oder am Ende der nächsten Förderperiode 2027 dann ab 2027 nicht mehr drin sein. Die GAP, die ich mir vorstelle, ist eine GAP, die von den großen Baustellen des Agrarsektors ausgeht und diese Baustellen adäquat adressiert. Ich hatte sie ja genannt: Biodiversität, Gewässerschutz, Beitrag zum Klima, also zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, Tierwohl und so weiter. Das sind die großen Bereiche, wo absoluter Handlungsbedarf besteht. Und idealerweise würde man so vorgehen, dass man sich jedes einzelne Thema vornimmt und sich anschaut, mit welchen umweltpolitischen Instrumenten erreichen wir diese Ziele am günstigsten? Wie teuer ist das? Dann entsprechend Mittel zuweist diesen einzelnen Zielen und Maßnahmen und die dann effizient umsetzt. Und wenn ein Mitgliedsstaat meint, er müsse nach wie vor die Einkommen von Landwirten stützen, dann sollte das auch möglich sein. Aber bitte schön in Form von co-finanzierten Zahlungen, also dass die Mittel, die von der EU kommen – sagen wir zu 50 Prozent – mit nationalen Mitteln co-finanziert werden müssen. Dann steht nämlich die Einkommensunterstützung der Landwirte in direkter Konkurrenz zu mehr Lehrern, mehr Polizeibeamten und so weiter.

Moderator

[00:58:44] Herr Lakner, können Sie sich an meine lange Frage noch erinnern?

Sebastian Lakner

[00:58:54] Wann die zukünftige GAP vielleicht doch als Erfolg zu werten wäre, richtig? Es ist jetzt schwierig, da noch wirklich neue Aspekte zu ergänzen. Ich denke ein wichtiger Punkt ist heute bisher noch kaum zur Sprache gekommen, nämlich die Umsetzung der europäischen Naturschutzrichtlinie, der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Dort gibt es ein Vertragsverletzungsverfahren. Ich hatte in den Chat einen Link gepostet und Herr Pe'er hatte da gerade auch drüber geredet. Wenn es uns in Deutschland gelingt, in der nächsten Förderperiode Programme aufzulegen, die spezielle, geschützte Biotope oder Arten sachgerecht schützt beziehungsweise Landwirte dafür entlohnt, wäre sehr, sehr viel erreicht, es wäre sehr viel erreicht, wenn wir eine vernünftige Moorschutz-Strategie wirklich sozusagen auf die Piste bringen. Und drittens wäre sehr, sehr viel erreicht – und das würde ich mir eigentlich wünschen –, wenn landwirtschaftliche Betriebe sich das Angebot der zukünftigen GAP angucken – das ist jetzt eine Vision, muss man mal gucken, ob ich da zurechnungsfähig bin oder nicht – aber wenn Landwirte sich die Maßnahmen angucken und sagen: „Ja, das ist interessant, da mach ich mit. Und ich nehme diese Umweltherausforderungen so ernst, dass ich einen Betriebszweig Umweltschutz, einen Betriebszweig Naturschutz wirklich bei mir im Betrieb etabliere und sozusagen ein Teil meines Einkommens darüber bestreite öffentliche Güter – Naturschutz, Klimaschutz, Biodiversität – bereitzustellen.“ Das wäre eigentlich die Sorte von Transformation, die ich für wichtig halten würde. Das heißt, dass wir nicht nur einfach über Techniken oder Ausgabenanteile reden, sondern dass wir die Praktiker mit Fördermaßnahmen so erreichen, dass sie sagen: „Ja, das hilft meinem Betrieb auch, mich zu verändern. Das hilft auch, meine Außendarstellung zu verbessern“. Viele Landwirte fühlen sich im Moment in der Defensive, fühlen sich gesellschaftlich nicht wertgeschätzt. Und ich fände es wichtig, dass die GAP auch einen Beitrag dazu leistet, dass der landwirtschaftliche Sektor, die



press briefing

einzelnen Betriebe besser dastehen und selber auch zeigen können: „Diesen Blühstreifen, den mach ich für die Allgemeinheit und das ist mein Beitrag zum gesellschaftlichen Wohl“. Und das müsste eigentlich eine gute Agrarpolitik auch fördern. Also das ist jetzt, wie gesagt, ein bisschen eine Vision, aber ich denke, das sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Moderator

[01:01:33] Ja, ich glaube, wir könnten immer noch weiter fragen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen da draußen, alle drei Experten haben wir im Vorgespräch mit auf den Weg gegeben: Bitte sagen Sie doch am Ende, wenn die Journalistinnen und Journalisten noch weitere Fragen haben, können Sie sich gerne, gerne auch direkt an uns wenden. Sie finden die Affiliations in unserer Einladung und Telefonnummern und E-Mail-Adressen finden Sie auf den Webseiten. Wir können Ihnen nicht geben, aber die finden Sie ja relativ schnell – das ist schnell recherchiert. Wir können jetzt also alle gespannt sein, was in den nächsten Tagen bei den Verhandlungen passiert. Herr Lakner, Herr Latacz-Lohmann, Herr Pe'er, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit dafür genommen haben. Ich habe jede Menge gelernt und ich habe das Gefühl, ich kann jetzt ein bisschen besser noch verstehen, was ich denn dort dann aus den Verhandlungen höre und am Ende aus den politischen Statements, die rauskommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen da draußen, danke für Ihre zahlreichen Fragen. Wie immer haben wir nicht geschafft, alle aufzugreifen. Aber ich hoffe, Sie haben sich auch wiedergefunden. Wir stellen so schnell wie möglich das Video online. Das Transkript folgt dann auch so schnell wie möglich. Und wenn Sie ein Audio-Mitschnitt wollen, dann schicken Sie bitte eine Mail an redaktion@sciencemediacenter.de und wir reagieren dann so schnell, wie es uns möglich ist. Danke für Ihre Zeit. Danke für Ihr Interesse. Und ja, ich hoffe dann bis zum nächsten Mal.



press briefing

Ansprechpartner in der Redaktion

Silvio Wenzel

Redakteur für Umwelt und Klima

Telefon +49 221 8888 25-0

E-Mail redaktion@sciencemediacenter.de

Impressum

Die Science Media Center Germany gGmbH (SMC) liefert Journalisten schnellen Zugang zu Stellungnahmen und Bewertungen von Experten aus der Wissenschaft – vor allem dann, wenn neuartige, ambivalente oder umstrittene Erkenntnisse aus der Wissenschaft Schlagzeilen machen oder wissenschaftliches Wissen helfen kann, aktuelle Ereignisse einzuordnen. Die Gründung geht auf eine Initiative der Wissenschafts-Pressekonferenz e.V. zurück und wurde möglich durch eine Förderzusage der Klaus Tschira Stiftung gGmbH.

Nähere Informationen: www.sciencemediacenter.de

Diensteanbieter im Sinne RStV/TMG

Science Media Center Germany gGmbH
Schloss-Wolfsbrunnenweg 33
69118 Heidelberg
Amtsgericht Mannheim
HRB 335493

Redaktionssitz

Science Media Center Germany gGmbH
Rosenstr. 42–44
50678 Köln

Vertretungsberechtigte Geschäftsführer

Beate Spiegel, Volker Stollorz

Verantwortlich für das redaktionelle Angebot (Webmaster) im Sinne des §55 Abs.2 RStV

Volker Stollorz

